

Sächsisch-Polnische Volkszeitung

erschienen täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonntage, Feiertage und Wochentage. Preis 15 Pf. (ohne Postgebühren). Adress: Dresden, Neustadt, Brüderstr. 11-12. Abnahme-Preise: 12-18 Mkr.

Unabhängiges Tagesblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Inserate werden die Spaltenbreite über deren Raum mit 15 Pf. berechnet. Bei Wiederholung werden besondere Rabatte. Anzeigenpreis: Dresden, Brüderstr. 11-12. Abnahme-Preise: 12-18 Mkr.

Zur Lage in Rußland.

Nun gibt selbst der russische Ministerpräsident nahezu die Hoffnung auf, daß er auf friedlichem Wege eine Lösung der sehr entwickelten Lage herbeiführen könne. Er hat gegenüber einem Korrespondenten sich ungemein pessimistisch geäußert. Nachdem er historisch die Entwicklung der Verhältnisse bis zum Erlaß des Manifestes festgestellt hat, kommt er zu dem Schluß, daß keine Gesellschaft bis jetzt einen solchen Mangel an Instinkt der Selbsterhaltung gezeigt habe, keine so gemeinsam mit den Kräften, die sie zerstören wollen, gearbeitet habe wie die russische. „Es war vernünftig anzunehmen,“ sagt Witte, „daß die russische Gemeinschaft oder wenigstens alle ihre nicht revolutionären Elemente sich ihrer Pflicht erinnern und gemeinsame Anstrengungen machen würden, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und den Fortschritt zu fördern, daß sie in der Folge sich um des Zaren Regierung scharen würden, bis die Duma einberufen worden wäre. Aber das Gegenteil trat ein. Teile der Bevölkerung, mein, ganze Klassen machten sich systematisch an die Arbeit, um ihre eigenen Existenzmittel zu untergraben und sich und die ganze Nation zu ruinieren. Die sozialen Instinkte schienen verflümmert; anstatt sich zu weigern, stritten sie untereinander, trennten sich in Gruppen oder vereinigten sich zu gemeinsamem Angriff gegen die Person der Minister, die Verwaltung oder zu negativen Zwecken. Die einzige Partei, die weiß, was sie will, ist die revolutionäre, die an Zahl relativ gering gegenüber der pflichtvergessenen des Bürgerturns ist. Die Revolutionäre wählen ihre entsprechenden Mittel und sind fähig, sie anzuwenden, sogar um den Preis schwerer Opfer.“ Witte hat indes noch nicht ganz die Hoffnung verloren, daß die Gesellschaft mit der Regierung schließlich zusammenarbeiten werde, obwohl sie länger zu diesem Entschluß gebraucht, als er gedacht habe. „Fest überzeugt bin ich jedoch nicht,“ sagte er, „da die Gesellschaft weniger kompakt und die sozialen Instinkte weniger stark sind, als ich angenommen hatte. So lange die Ordnungspartei nicht den Geist und die Taktik der Revolutionäre zu der ihrigen macht, wird sich meine Hoffnung nicht erfüllen. Ohne die moralische Hilfe der Gesellschaft wird die Anarchie fortbauern, bis die Nation die Unterdrückung der Revolution ebentuell mit Gewalt fordert. Und es ist möglich, daß dann die Prinzipien des Zarenmanifestes aufgehoben werden.“

In der Tat ist der Pessimismus nicht unbegründet. Wir gehen selbst zu, daß gerade die Unfähigkeit des Bürgerturns Anlaß zu den ernstesten Bedenken gibt. Die letzten acht Tage haben die von uns erhoffte Besserung der inneren Lage Rußlands nicht gebracht. Es ist im Gegenteil in jeder Hinsicht und nach allen Richtungen schlimmer geworden, und wenn nicht alle Anzeichen künftigen, stehen wir unmittelbar vor einer neuen Katastrophe. Der Stab, auf den die Regierung sich nun glaubt zu stützen, wird ihr unter den Händen zur Schande, die ihren aktiven Völk gegen sie wendet. Es vermag alles: Die Entschlußfähigkeit an den Spitzen, die Administration, die sich keiner Charakterprobe gewachsen zeigt, die Justiz, die bereits in der vorwärtsdrängenden Revolution den künftigen Herrn begrüßt und das Haupt vor ihm beugt, die Geistlichkeit, welche entweder schweigt, wo sie vor Gott und Obrigkeit zu reden verpflichtet wäre, oder in Chor der Revolutionäre ihre Stimme mit erhebt. Es verlassen Meer und Marine, es verlassen Professoren und Lehrer, Studenten und Schüler, die Arbeiter in den Fabriken und die Bauern in ihren Dörfern. Sie alle beugen sich vor der Revolution. Und was das Schlimmste ist, es vermag das sittliche Urteil. Gegen den schändlichen Mord, der an dem früheren Kriegsminister Sacharow begangen worden ist, hat sich in der gesonten russischen Presse kein Wort der Entrüstung erhoben; die niederträchtigen Morde, die jetzt fast alltäglich in den halbsibirischen Provinzen stattfinden, werden in den russischen Zeitungen nicht einmal erwähnt. Die Regierung zeigt sich absolut unfähig, den Schmutz zu gewahren, zu dem sie verpflichtet ist. Der Professor Paudowp de Courtenay ließ jüngst den Verzweilungsruf hören: „Verfluchte Freiheit, die nur zu vernichten weiß!“ Das wird bald der allgemeine Ruf in Rußland sein, denn wenn je, so hat dieses Volk bewiesen, daß es nicht reif ist, die Formen abendländischen Staatslebens zu ertragen.

Wir hatten uns in der furchtbaren Lage, in der Rußland sich verzehrt, den Weg der Rettung so gedacht, daß der Zar mit der ihm ergebenen Semenowischen Garde nach Moskau ziehen, dort die Verfassung beschwören und seine Anhänger um sich sammeln sollte. Gleichzeitig sollten dann die noch verlässlichen Truppen in die Westprovinzen geschickt werden, um die Revolution der Eisen und Ketten aufzurollen und die so überaus wichtige Verbindung Rußlands mit der übrigen Welt aufrecht zu erhalten. Ein Fraternalisieren mit den stammesfremden Indigenen war auf diesem Boden nicht zu fürchten. Aber freilich, zu einer solchen Aktion gehört Wille, Entschlußfähigkeit und Umsicht in der Ausführung — und an allem scheint es jetzt in Petersburg zu fehlen. Man will das Unmöglichkeit — daß nämlich sich alles von selbst zum Besten kehre, man entschließt sich zum Nichtstun und stößt mit all den halben Wahregeln, die dekretiert werden, bei Freund und Feind in gleichem Maße an. Das Vertrauen zum Ministerpräsidenten Grafen Witte bricht immer mehr zusammen. Am Hofe wird gegen ihn intrigiert, und die Semstwo- und Stadtvertreter, denen er die Hand geboten hat, um sie zu retten, und mit ihnen den Staat und sich selbst, verbrüdern sich gegen ihn mit den kommunistischen Bauern und dem sozialistischen Pöbel, der ungeduldig des

Augenblickes harret, um auch mit diesen Bundesgenossen abzurechnen.

Was zur Zeit im Innern Rußlands geschieht, wissen wir nicht. Post, Telegraph, Eisenbahn streifen. Aber aus dem benachbarten Livland sind einige Nachrichten zu uns gekommen. Seit Freitag herrscht dort Belagerungszustand und zugleich Generalkrieg. Die Revolutionäre sind durchweg bewaffnet und arbeiten in fieberhafter Eile in vier Metallfabriken an der Herstellung von Waffen. Die Regierung behauptet mühsam einige wenige Punkte. Noch ist das deutsche Konsulat in Riga geschützt. Aber was wird morgen und was wird übermorgen geschehen, und wer kann dafür bürgen, daß die deutschen Reichsangehörigen in Rußland dann noch an Eigentum und Leben gesichert sind? Es gibt, wenn wir von Finnland absehen, in Rußland über 151 000 Angehörige des Deutschen Reiches und etwa 2 Mill. Deutsche, die russische Untertanen sind, für deren Verhältnisse wir also nichts zu verantworten haben, von denen aber immer steigende Scharen durch die Flucht nach Deutschland Rettung zu finden suchen, und denen wir weder unsere Teilnahme, noch, so weit es irgend möglich ist, unsere Hilfe versagen können. Wie groß die in Rußland lebenden deutschen Kapitalinteressen sind, ist nicht möglich anzugeben. Die vom Reichsmarineamt dem Reichstage zugestellte Denkschrift sagt, sie seien größer als in irgend einem anderen Lande, und man schätzt den deutschen Besitz an russischen Effekten auf etwa vier Milliarden. Kurz, das ethnische wie das materielle Interesse Deutschlands an der Herstellung geordneter Zustände in Rußland ist ganz außerordentlich groß. Bereits haben sich auch Deutsche zu einem Komitee vereinigt, um sich ihrer Landeskunde anzunehmen. Auf Veranlassung von Professor Dr. Harnack fand eine Besprechung im Abgeordnetenhaus statt. Das hier gebildete Komitee setzt sich als erste Aufgabe, den aus Rußland geflohenen Deutschen Unterstützung zu geben. Die Zahl dieser Flüchtlinge ist bereits eine sehr große; selbst in der stets gefüllten Reichshauptstadt macht sich dieser Zustrom bemerkbar. Die Verluste an deutschem Kapital sind bereits sehr große, so hat z. B. ein uns bekannter Reichstagsabgeordneter, der in Rußland mehrere Fabriken hatte, fast sein gesamtes Vermögen verloren. Die Sozialdemokraten demolieren die Fabriken und schlugen alles kurz und klein. Man hält auch in den Berliner diplomatischen Kreisen die Lage für sehr ernst und bedenklich.

Deutscher Reichstag.

k. Berlin. 12. Sitzung am 11. Dezember 1905.

Der Reichstag erlebte heute bei der Eröffnung der Sitzung keine geringe Ueberraschung. Staatssekretär v. Steinahl kündigte einen vierten Nachtragsset für Südwesteuropa in der Höhe von 30 Millionen Mark an. Wann nehmen diese Forderungen ein Ende? — Das Handelsprovisorium mit England und der Handelsvertrag mit Bulgarien wurde ohne wesentliche Debatte in zweiter Lesung angenommen; dann konnte die Generaldebatte zum Etat fortgesetzt werden. Der Zentrumsabgeordnete Röber hielt eine prachtvolle Rede, in der er es namentlich bitter beklagte, daß die Diäten wieder verlagert würden. Fürst Bismarck erklärte sich nie so unumwunden gegen die Diäten. Die Diätenlosigkeit sei eine Privilegierung der preussischen Abgeordneten, weil diese Diäten haben. Die süddeutschen Abgeordneten sind von der Arbeit fast ausgeschlossen. Wo sind denn die Vertreter des Arbeiterstandes selbst? Redakteure und Zigarrenhändler seien nicht diese Vertreter. Die Zentrumsfraktion habe nun solche Initiativanträge wieder eingebracht, welche in der letzten Session nicht erledigt wurden. 86 Initiativanträge sind eingebracht, davon je 16 von dem Zentrum, der Sozialdemokratie und der Wirtschaftlichen Vereinigung. Die Initiativanträge enthalten die Wünsche des Volkes; sie sind das Ventil für die Volksmeinung. Die Paritätarbeitanträge sind der Ausdruck des Föderalcharakters des Reiches; an ihnen halten wir schon aus diesem Grunde fest. Wie sieht es mit der Frage der Betriebsmittelgemeinschaft? Wie ist die Kriegslage in Südwesteuropa? Wann können die Soldaten endlich zurückkehren? Wann die aus Ostasien? Ist es wahr, daß man die Kameruner Hauptlinge wegen ihrer Bekwänderschrift zu Gefängnis verurteilt hat? Die Landfrage sei der Schlüssel der Herero geworden. Der Reichstag wird sich weit mehr als bisher mit der Kolonialpolitik befassen müssen. — Wir bedauern sehr, daß über den Mittelstand selbst in der Thronrede kein Wort gefallen ist, und doch sind so viele Fragen reif für die Gesetzgebung. Unlauterer Wettbewerb, Ausverkaufswesen, Handelsinspektoren usw.) Für das Handwerk sind einige kleine Sachen vorgelesen, aber was bleibt der kleine Beschäftigten nachweis? Die Arbeitskammern sind nicht vorgelesen und doch verhindern sie die freiwilligen Streiks. Gilt der Staatssekretär an der Anschauung fest, daß die Angliederung an die Gewerbegerichts fehlt? Ich halte hierfür eine gesonderte Vertretung geboten. Die Tarifgemeinschaften sind in der Tat „Dokumente des sozialen Friedens“, ihr Ausbau ist erforderlich. Ein Reichsberggesetz halten wir für notwendig; auch der Vergarbeitschutz muß durch Reichsgesetz erfolgen. Können wir bald auf eine Regelung der Heimarbeitereigenschaft rechnen? Wir halten am § 6 des Flottengesetzes fest. Redner verteidigt die Erbschaftsteuer gegen die Angriffe des Finanzministers. Staatssekretär v. Vosadowski hat auf die Notwendigkeit der sittlichen Wiedergeburt des Volkes hingewiesen. Eine solche Wiedergeburt kann nur erfolgen auf der Grundlage der bürgerlichen und kirchlichen Freiheit. Unser Vereinstrecht und die Behandlung der konfessionellen

Widerheiten stehen nicht auf der Höhe der Zeit. Die Pflege der Religion ist das erste Erfordernis. Es ist keine hochförmig erfasste Freiheit, wenn man die Abhaltung der Gottesdienste verbietet, wenn man die Spendung der Sterbesakramente unter Strafe setzt und wenn man der Ausübung der Religion Schwierigkeiten bereitet. Das Wohl des Vaterlandes hängt nicht nur von der Flotte und den Waffen ab, sondern von den inneren Gütern, deren Förderung wir uns in erster Linie angelegen sein lassen.

Von großem Interesse war die Erklärung des Kolonialdirektors Erbring v. Hohenlohe, wonach der Gouverneur v. Puttkamer auf die Nachricht von der Verurteilung jener Hauptlinge zu Gefängnis, welche die Bekwänderschrift an den Reichskanzler schickten, zur persönlichen Verantwortung gezogen worden sei. Die weiteren Ausführungen hatten nur wenig Interesse. Die Abgeordneten Mayer (Vpt.) und Zimmermann (Antij.) legten nun die Stellung ihrer Parteien zu den einzelnen Fragen dar. Hierauf verlagte das Haus die Fortsetzung auf Donnerstag.

Politische Rundschau.

Dresden, den 14. Dezember 1905.

Nach der „Voss. Zig.“ ist für das preussische Justizportefeuille als Nachfolger Schönstedts der Zentrumsführer, jetziger Oberlandesgerichtspräsident Beseler in Kiel, sehr ernsthaft in Frage gekommen, und vielleicht sei es aus diesen Umständen zu erklären, daß sich die Erledigung des Entlassungsgesetzes, obwohl seine Annahme feststand, doch wochenlang hinauszog.

Der Landtag des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt ist bekanntlich aufgelöst worden, weil er die Erhöhung der sogenannten Kameralrente des Fürsten um 32 000 M. verweigert hat. In der „Schwarzburg-Rudolstadtischen Landeszeitung“ ergreift nun ein alter, im Rechtsleben ergrauter, gänzlich unabhängiger Jurist das Wort, um nachzuweisen, daß der Landtag sich mit dieser Ablehnung ins Unrecht gesetzt hat. Er erinnert daran, daß der Landtag kein Recht auf das Kammervermögen hat, daß das fürstliche Haus vielmehr alleiniger Besitzer desselben ist. Es ist vielmehr daselbst bestimmt, daß alle Einkünfte des Domänenvermögens zunächst dem regierenden Fürsten allein überlassen werden, und daß er allein zu empfangen und zu bestimmen hat, wieviel er für die Zeit des Etats pro Jahr für sich und die fürstliche Familie braucht. Erst das, was dann übrig bleibt, soll das Land bekommen, und es soll das Geld bei Verstreitung der Kosten der Landesverwaltung mitverwendet werden. Dem Landtage steht demnach ein gesetzliches Recht auf Bewilligung derjenigen Gelder, welche der Fürst für sich und die fürstliche Familie braucht, nicht zu und hat ihm niemals zugelassen. Er kann nicht versagen über etwas, was das Land nicht besitzt, und was ihm nicht gehört. Sollte dem Landtag ein Bewilligungsrecht eingeräumt werden, so müssen Regierung und Landtag erst mit Zustimmung des Fürsten ein besonderes Gesetz erlassen, welches diese Bewilligung dem Landtage zuspricht, weil dadurch das Grundgesetz eine Abänderung erfähre. Ein solches Gesetz besteht aber nicht.

Ein evangelischer Pfarrer, der das Christentum unter das Judentum stellt, ist die neueste Schandtatigkeit unter der Geistlichkeit. Herr Pfarrer Dr. Dongemann hat sich diese Vorbeeren gehalten. In einer öffentlichen, für die russischen Juden abgehaltenen Versammlung in Berlin gab er mit dem Protest gegen die Behandlung der Juden der Genehmigung darüber Ausdruck, daß die christliche Geistlichkeit sich von der antisemitischen Bewegung ferngehalten habe; daran schloß er folgende Erklärung: „Wäre ich in der Synagogengemeinschaft geboren, das Christentum hätte mich nicht zum Proselyten gemacht!“ Stürmischen Beifall erntete der christliche Geistliche von den jüdischen Zuhörern; die Sympathie-Rundgebungen waren geradezu leidenschaftlich zu nennen. Einen solchen Anzuegen des Christentums für das Judentum hat man auch noch nicht gehabt. Wenn ein theologisch gebildeter Mann von den Lehren des Messias so wenig Ueberzeugungskraft beimit, daß sie ihn vom Judentum nicht zum Christen zu bekehren vermöchten, so ist das eine Entschuldigug für die in ihrem Glauben beharrenden Juden. Aber es ist eine Schande für einen Prediger, wenn ein solcher Mann noch das Wort Gottes als Wahrheit verkündigt.

Das preussische Abgeordnetenhaus befahte sich am 13. d. M. mit zwei Interpellationen: die erstere betraf den Wagenmangel auf den Eisenbahnen. Die Klagen hierüber wurden von den Rednern der verschiedenen Fraktionen vorgebracht. Minister v. Büdde gab die Erklärung ab, daß er alles tun werde, um die Mängel zu beseitigen. Dr. v. Saviay (Zentr.) interpellierte sodann über den Einsturz des Altenbafener Tunnels und schilderte die daraus entstehende Notlage. Minister v. Büdde erklärte, daß der Einsturz auf höhere Gewalt zurückzuführen sei. Nach diesen Erklärungen verlagte sich das Haus und ging in die Weisnachtsferien.

Die Nachricht, daß die Kameruner Hauptlinge, auf deren Veranlassung ein Teil der Dualla-Reger im Herbst eine Bekwänderschrift gegen den Gouverneur v. Puttkamer einreichte, in Kamerun strafrechtlich wegen Beamtenbeleidigung verfolgt würden, findet nun auch in amtlichen Kreisen Bestätigung. Der „Kölnischen Zeitung“ zufolge hat auch der stellvertretende Bezirksamtman in Dualla gegen die Hauptbeschwerdeführer, insbesondere auch gegen Aqua Bell, auf hohe Freiheitsstrafen erkannt.

...beide ver-
...sich alle
...er Vereins-
...en Vortrag
...Er erzählt
...er einige ge-
...sticht, so-
...sich dabei
...der Beifall
...Vorfindende
...g“ auf. —
...er hat Herr
...nen. — Die
...rtage nach-



...STE
...eschreiben
...stall
...ungen.

...sierung
...der
...Die
...stine,
...itten
...über-

...sich
...ort.
...nem